

**Fachtagung „Rolle und Beitrag der rechtlich selbstständigen beruflichen Schule
im regionalen Berufsbildungsnetzwerk“
am 03./04.05.2013 in Kassel**

Heiner Bernhard

Regionale (Berufs-)Bildungsnetzwerke als wirksames Instrument für die kommunale und regionale Bildungsplanung? (eingekürzter Redebeitrag)

Vorbemerkung: Das gesetzte Fragezeichen am Ende kann man getrost weglassen.

Weinheim liegt an der blühenden Bergstraße, in der Kurpfalz, in der Metropolregion Rhein-Neckar. Wenn Sie auf der A 5 gen Süden fahren, gibt Ihnen ein braunes Tourismusschild schon einen kleinen optischen Eindruck von der *Zweiburgstadt Weinheim*. Glauben Sie mir: ein Abstecher lohnt sich! – Soweit der erste Werbeblock!

Unsere Stadt ist Namensgeber, aktives Mitglied und immer wieder auch Vorreiter der Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“. Diese Arbeitsgemeinschaft steht für die Kommunale Koordinierung der Aktivitäten am Übergang von der Schule in die Berufswelt. Ich selbst bin – gemeinsam mit meinem OB-Kollegen aus Hoyerswerda – Sprecher dieser bundesweit agierenden Initiative, zu der unter anderem auch die Städte *Kassel* und *Kiel* gehören, aber auch Nürnberg, Dortmund, Freiburg, Stuttgart, Mannheim, der Kreis Offenbach und andere mehr, bald auch die Region Hannover.

Zunächst halte ich es für sinnvoll, Ihnen einen Überblick über unsere lokale Bildungslandschaft in Weinheim bzw. – dem Titel des Vortrags entsprechend – unser „regionales (Berufs-) Bildungsnetzwerk“ zu geben

Mit dem Begriff „Weinheimer Bildungskette“ beschreiben wir die bei uns praktizierte durchgehende Bildungsbetreuung eines Kindes, insbesondere an den Bildungsübergängen. Übrigens hatte *Joachim Ringelnatz* Recht als er meinte:

„Am Schwersten in des Lebens Länge, sind allemal die Übergänge.“

Das Bild der Kette, in der ein Glied ins nächste greift, ergibt sich aber auch aus der Aneinanderreihung unserer Angebote und Projekte, angefangen von früher Sprachförderung über Elterntraining, Qualitätszirkeln in KiTas und Grundschulen bis hin zur Berufsorientierung und Ausbildungs- und Berufsbegleitung. Das Motto der Bildungskette in unserer Stadt und der „Weinheimer Initiative“ lautet: „*Kein Kind darf verloren gehen*“. Aber – je nach volkswirtschaftlichem Kontext ist dazu in den letzten Jahren ein weiterer Leitsatz immer stärker hinzu getreten. Der lautet: „*Wir können auf niemanden verzichten*“ oder noch kürzer: „*Jeder wird gebraucht!*“.

Wie kam es zu dieser städtischen Positionierung jenseits von kommunalen Pflichtaufgaben? Wie hat sich dieser Fokus auf das Thema Bildung und Bildungsförderung entwickelt in einer nur mittelgroßen Stadt in der prosperierenden Metropolregion Rhein-Neckar, die eigentlich in der Republik eher mit touristischen Attraktionen und hoher Wohnqualität in Verbindung gebracht wird und wirbt als mit harten Standortfaktoren, in einer Stadt, die nicht bekannt ist für Probleme mit sozialen Brennpunkten?

Das hat definitiv etwas zu tun mit der in Weinheim ansässigen Freudenberg-Stiftung. Die Stiftung des weltweit agierenden Mischkonzerns *Freudenberg* bearbeitet seit vielen Jahren die Themenkomplexe Integration und Chancengleicher Zugang zur Bildung. Sie hat in Deutschland schon vieles bewegt. Die Firma Freudenberg ist ein Global Player – bis heute – in Familienbesitz - mit mehr als 6 Milliarden Jahresumsatz. Einflussreiche Mitglieder der Familie waren und sind politische Köpfe mit einer sozialpolitischen Einstellung. Bis vor wenigen Jahren war die Familie immer im Gemeinderat vertreten. Fünf Familienmitglieder sind als Ehrenbürger gestorben.

In den 70er Jahren stand ein Zweig der Familie der Reformpädagogik sehr nahe. Deshalb wurde Weinheim auch im Jahr 1970 Standort eines Gesamtschul-Modellversuchs des Landes *Baden-Württemberg*. Dahinter stand eine der damals führenden deutschen Bildungsexpertinnen, *Dr. Gisela Freudenberg*. Sie war die Ehefrau des *Sprechers der Unternehmensleitung* Hermann Freudenberg.

Das war, wenn Sie so wollen, der Beginn einer Ausnahmestellung Weinheims in der baden-württembergischen Bildungslandschaft. Früher als andere Unternehmer beschäftigten sich Mitglieder der *Familie Freudenberg* und die von ihnen gelenkte Stiftung mit der Frage, wie es gelingen kann, möglichst wenig, am besten gar keine jungen Men-

schen auf dem Weg ins Berufsleben zu verlieren. Da war wohl von Anfang an – jedenfalls auch – ein volkswirtschaftlicher, ja sogar ein betriebswirtschaftlicher Ansatz vorhanden. Man wollte schon damals auf niemanden verzichten, der für Staat und Firma produktiv sein konnte.

Beim Thema Schule war es immer Ziel der Freudenberg-Stiftung, die Kommune, den Schulträger als Partnerin, ja als Motor dieser Bewegung zu gewinnen. Hierzu wurde die Stadt in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder auch mit dem probaten Mittel der Komplementärfinanzierung für Einzelprojekte gelockt. Wir sind übrigens gerade in diesen Wochen in der Endabstimmung der Formulierungen einer Kooperationsvereinbarung, in der – erstmals ganz generell – die Modalitäten der weiteren Zusammenarbeit zwischen Stiftung und Stadt festgelegt werden.

Ich kann Ihnen gerne auch an meinem persönlichen Beispiel erläutern, wie dieses System der Freudenberg'schen Bildungs-Missionierung funktioniert. Ich bin von Haus aus Verwaltungsjurist und habe mich bei der Stadt Heidelberg 16 Jahre lang um Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, um die juristische Betreuung der technischen Ämter, später dann um die Leitung des Bereichs Öffentliche Ordnung gekümmert. Mit Bildung, mit Schulen hatte ich nicht nur beruflich nichts zu tun. Ich hatte damit auch, wie man so schön sagt, nichts am Hut. Nach Amtsantritt als OB meiner Heimatstadt wurde ich dann allerdings vom Geschäftsführer der Stiftung, *Christian Petry*, sekundiert von dem schon erwähnten, mir damals noch völlig unbekanntem *Wilfried Kruse*, heftig konfirmiert. Bildung müsse ich mir zur absoluten Chefsache machen, hieß es. Wer eine vage Ahnung davon hat, mit wie vielen „absoluten Chefsachen“ gerade ein frisch gebackener Oberbürgermeister konfrontiert ist, von schließenden Läden und fehlenden Parkplätzen in der Innenstadt über marode Frei- und Hallenbäder bis zur lebensbedrohlichen Gesundheitsgefährdung aller Einwohner durch Taubendreck und Hundekot, kann ermes-sen, wie willkommen einem da jede neue „absolute Chefsache“ ist. Schließlich bin ich dann aber doch vom Fachaus-schuss Umwelt des Städtetags Baden-Württemberg in den Ausschuss für Bildung, Schule, Kultur und Sport gewechselt, um mich dem Thema anzunähern. Damit war dann auch der erste Schritt auf einem Weg getan, der mich jetzt schon einige Jahre durch die Bildungslandschaft führt.

Mittlerweile ist das Netzwerk der lokalen und regionalen Bildungspartner in und um Weinheim größer und dichter geworden – aber so wie geschildert wurden die ersten

Maschen des Netzes geknüpft. Schon zuvor aber war und jetzt erst recht ist Weinheim ein wichtiger Schul- und Bildungsstandort im Rhein-Neckar-Kreis, dem mit 540.000 Einwohnern größten Landkreis Baden-Württembergs.

Wir bieten am Ort drei Gymnasien, ein 2-3-züliges privates und zwei jeweils 4-zügige öffentliche, zwei Realschulen, zwei Werkrealschulen (die zum nächsten Schuljahr fusioniert sind) und zehn Grundschulen. Dazu gibt es – in der Trägerschaft des Landkreises – drei berufliche Schulen in einem Schulzentrum, jeweils im gewerblichen, im kaufmännischen und im hauswirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich. Die Vernetzung, die gemeinsame Gestaltung einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft ist auch hier unser Postulat. Denn mit unseren lokalen Erfahrungen und den vielen „best practice - Beispielen“, die wir durch unsere Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft „*Weinheimer Initiative*“ kennen, sind wir uns sehr bewusst, dass die Bedeutung der Beruflichen Schulen für gelingende Übergänge in die Arbeitswelt nicht unterschätzt werden darf.

Weinheim ist mit etwas mehr als 43 000 Einwohnern, wie erwähnt, die größte Stadt im Rhein-Neckar-Kreis. Wir sind mit einem Altersdurchschnitt von rund 45 Jahren eine der ältesten Städte in Baden-Württemberg, aber auch eine, die von großer Lebendigkeit und Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger geprägt ist. So gibt es beispielsweise mehr als 28.000 Mitgliedschaften in unseren Sportvereinen. Den demografischen Wandel verstehen wir als Aufgabe, die Balance zwischen den Generationen herzustellen. Zum Beispiel aktuell mit der Ausweisung eines Neubaugebietes mit 800 Wohneinheiten, das auf Familien mit Kindern ausgerichtet ist. Das ist an der hochpreisigen Bergstraße nur mit großen Anstrengungen und dem Verzicht auf beträchtliche Einnahmen aus Grundstücksverkäufen möglich.

Die Metropolregion Rhein-Neckar, in deren Herzen wir liegen, gehört immer noch zu den wachsenden Regionen in Deutschland. – Und unter den Kommunen ist ein harter Wettbewerb entstanden. Ein Wettbewerb um Familien, Arbeitskräfte, um Steuerzahler und Unternehmen. Weinheim ist als Wohnort begehrt und die Nachfrage steigt. Eines unserer Hauptargumente, warum Familien mit Kindern nach Weinheim ziehen sollten, lautet: Wir kümmern uns um die Bildung und die Ausbildung Ihrer Kinder!

Was die strukturpolitischen Daten angeht, kann ich hier, fern der Heimat, zugeben: es geht uns verhältnismäßig gut. An der Relation der Einpendler zu den Auspendlern erkennt man immer noch unsere industriell geprägte Geschichte – hier taucht wieder der

Name *Freudenberg* auf. Es besteht ein Angebot von rund 18.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen (wobei diese Zahl in den letzten 20 Jahren bis vor kurzem rückläufig war). Rund 9.000 Auspendlern (überwiegend nach Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg) stehen rund 13.000 Einpendlern gegenüber. Die Arbeitslosenquote liegt bei 4,2 Prozent.

Trotz allem sind wir keine so wohlhabende Stadt, wie man jetzt vielleicht annehmen könnte. Unser Gewerbesteueraufkommen liegt im Schnitt der letzten Jahre bei etwa 20 Millionen Euro, das ist deutlich unterdurchschnittlich für eine Stadt in unserer Größe und mit unseren Aufgaben. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei ca. 950 €. In den Jahren 2009 und 2010 hatten wir schwer defizitäre Haushalte, der Gemeinderat hat eine Haushaltsstrukturkommission eingerichtet und uns eine externe Beratungs-gesellschaft ins Haus geholt. Ich kann dies alles an dieser Stelle nicht vertiefen, aber was ich damit betonen will, ist: Wir sind nicht in der Lage, freiwillige Leistungen, wie die Kommunale Koordinierung lässig zu schultern, weil wir das für *politisch chic* halten. Wir machen es, weil wir es für eine zentrale Zukunftsaufgabe halten. Und fühlen uns dabei angetrieben durch einen – wie ich glaube – durch und durch gesunden Egoismus.

Sie kennen nun die Historie und – in Ansätzen – die Rahmenbedingungen unseres lokalen und regionalen Bildungsnetzwerkes.

Um meiner heutigen Aufgabe gerecht zu werden, Ihnen regionale Berufs- und Bildungsnetzwerke als wirksame Instrumente für die kommunale und regionale Bildungsplanung vorzustellen, muss ich jedoch noch zwei Dinge tun:

- Sie müssen einen Eindruck von den beteiligten Netzwerkpartnern gewinnen und davon, wie sie zusammenarbeiten.
- Und ich muss – mit einem Schwerpunkt auf das, was die „Weinheimer Initiative“ mit der Kommunalen Koordinierung anstrebt – erläutern, wie wir uns *idealerweise* die Vernetzung und Steuerung am Übergang von der Schule ins Berufsleben vorstellen.

Zu einem Netzwerk gehören Menschen, die alte Netze pflegen, neue Netze knüpfen und das Netzwerk hierdurch ausbauen. Wenn Sie aber einen guten Fang machen wollen, müssen Sie auch in der Lage sein, die Netze auszuwerfen und einzuholen. Jedenfalls die letztgenannte Tätigkeit erfordert dann, dass alle mit anpacken.

In Weinheim hat übrigens immer wieder das Netzwerk selbst neue Netzwerker hervorgebracht. Dabei kommt uns zugute, dass wir mit unserer Größe, wie gesagt etwa

43 000 Einwohnern, eine agile und doch überschaubare kommunale Einheit sind. Auch in anderen Bereichen ist Weinheim deshalb eine Stadt der Netzwerke, im Sozialen etwa und sicher auch beim Sport.

Im Bildungsbereich sind die wichtigsten Netzwerkknoten folgende:

- unser städtisches Amt für Bildung und Sport mit der Zuständigkeit für Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen
- die Einrichtungen selbst, also KiTas und Schulen mit städtischen Fachkräften für Schulsozialarbeit, insbesondere mit engagierten Schulleitern und Lehrkräften an den entscheidenden Stellen der Berufsorientierung
- ein Bildungsbüro, hervorgegangen aus der Organisation „*Integration Central*“, die „Integration durch Bildung“ zum Ziel hat. Seit einigen Monaten ist „Integration Central“ ein eingetragener Verein mit dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden
- eine regionale Jugendagentur, sie heißt „*Job Central*“ und hilft jungen Menschen in die Ausbildung und den Beruf. „*Job Central*“ gibt es schon seit etwa 15 Jahren, als eingetragener Verein mit dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden (Sie merken es schon: „absolute Chefsache“.) Hier ist der regionale Ansatz bemerkenswert. Insgesamt acht Kommunen sind Mitglieder – auch zwei aus dem „feindlichen Hessen“ – und finanzieren teilweise Personal mit.
- Natürlich ist nach wie vor die *Freudenberg-Stiftung* ein wichtiger Netzwerkknoten. Sie unterstützt und motiviert immer wieder andere Unterstützer.
- Als Träger der offenen Jugendarbeit haben wir einen engagierten Stadtjugendring, auch ein eingetragener Verein, aber nicht mit dem OB als Vorsitzenden. Den Job macht der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion.
- Wir haben zum Glück viele bürgerschaftliche Partner, die unseren Ansatz ehrenamtlich aber mit einem durchaus professionellen Anspruch auch „an der Front“ umsetzen. Einer dieser Partner ist der WUB, der „Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart“, der in der Region, bei anderen Job-Central Gemeinden, mittlerweile Nachahmer gefunden hat.
- Wir sind stolz auf eine gelebte Partnerschaft mit der Agentur für Arbeit, jüngst besiegelt mit einer Kooperationsvereinbarung, bei der ich sehr gespannt bin, wie sie von beiden Seiten gelebt wird.
- Wichtig ist auch unsere bundesweite und wissenschaftliche Vernetzung in der Arbeitsgemeinschaft „*Weinheimer Initiative*“. Da gehe ich später noch näher drauf ein.

- Seit 2011 gibt es auch eine gewissermaßen institutionalisierte Vernetzung mit den übergeordneten Schulbehörden; denn wir sind seither – stellvertretend für den Landkreis – „Bildungsregion im Land Baden-Württemberg“. Darauf muss ich gleich nochmals – mit einem großen Scheinwerfer – zurückkommen.
- Und schließlich gibt es eine in der Kommune verankerte, also im städtischen Stellenplan ausgewiesene Stelle für Kommunale Koordinierung. – Sie können an der Fülle der Netzwerkpartner unschwer erkennen, dass es eine solche Koordinierung auch wirklich braucht. Diese Stelle wurde 2012 geschaffen, um nach dem Auslaufen des RÜM-Programms des BMBF, in dessen Genuss wir vier Jahre lang gekommen waren, die Arbeit fortführen zu können!

Mit Hilfe dieses Netzwerks ist es auch gelungen, das Thema Bildung in der Kommunalpolitik zu stabilisieren. Beschlüsse, wie die Kommunale Koordinierung als Daueraufgabe zu begreifen und im städtischen Stellenplan zu integrieren oder neue Stellen für Schulsozialarbeit zu schaffen, wurden im Gemeinderat stets mit breiter Mehrheit und eindeutigen Bekenntnissen zur Sache gefasst.

Wie angekündigt will ich jetzt einen großen Scheinwerfer auf den Netzwerkknoten „Bildungsregion“ richten. Die Aufnahme der Stadt Weinheim in das Impulsprogramm Bildungsregionen des Landes Baden-Württemberg zum Januar 2011 war ein Meilenstein auf dem Weg hin zu einer „aus einer Hand“ koordinierten lokalen Gesamtstrategie. Durch Übertragung des Antragsrechts vom Landkreis auf uns konnte Weinheim als erste kreisangehörige Stadt in den Genuss dieses Programms kommen. Der erste Schritt zur Einrichtung der Bildungsregion Weinheim war die Etablierung einer hochrangigen Steuerungsgruppe, die unter Vorsitz des OB arbeitet.

Darin vertreten sind:

- das Land (Regierungspräsidium Karlsruhe),
- die Schulaufsicht (Staatl. Schulamts Mannheim),
- der kommunale Schulträger (Amt für Bildung und Sport, Weinheim),
- die Geschäftsführende Direktorin der Weinheimer Schulen,
- die Weinheimer Bildungskette (vertreten durch die kommunale Koordinierung und Integration Central)
- sowie der wichtigste bürgerschaftliche Partner der Stadt (Freudenbg.-Stiftung).
- Mit der Einrichtung einer speziellen, themenbezogenen Strategieguppe ist ein Weg gefunden, auch die Agentur für Arbeit einzubinden. Dort sind nochmals das

Staatliche Schulamt, aber auch IHK- und Handwerkskammervvertreter mit am Tisch.

Die Steuerungsgruppe hat ein Leitbild und einen Jahres-Arbeitsplan für die Bildungsregion verabschiedet, der auf der Weinheimer Bildungskette fußt und die Handlungsfelder der kommunalen Koordinierung, also des früheren ÜbMa-Büros (RÜM) integriert. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Nachhaltigkeit des kommunalen Übergangsmanagements über die Projektförderung hinaus. Inzwischen hat sich die Arbeit der *Steuerungsgruppe Bildungsregion* gut etabliert. Das Themenspektrum im Arbeitsplan hat sich erweitert. Besonders die enge Zusammenarbeit von Schulträger und Schulaufsicht trägt erste Früchte (z.B. bei den Themen *Inklusion, Lehrerfortbildung, Kooperationsstrukturen Kita-Grundschulen, Praktikumsqualität*).

Die Leiterinnen des Amts für Bildung und Sport, des städtischen Bildungsbüros und der Kommunalen Koordinierung wirken gemeinsam als operative Geschäftsführung für Bildungskette und Bildungsregion und sichern damit – in Umsetzung der Beschlüsse der Steuerungsgruppe – die strategisch-konzeptionelle Konsistenz der lokalen Gesamtstrategie. Soviele zur Bildungsregion Weinheim. (vgl. Schaubild)

Zum Abschluss meiner Ausführungen gestatten Sie mir bitte noch den angekündigten Blick auf die Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“!

Zunächst: Die Arbeitsgemeinschaft sieht für sich zwei zentrale, miteinander eng verbundene Aufgaben:

- sich „anwaltschaftlich“ für die Anerkennung von Kommunaler Koordinierung und gute und förderliche Rahmenbedingungen einzusetzen, und
- die fortlaufende Verbesserung der lokalen Praxis zu unterstützen. Hierbei stehen die in der Arbeitsgemeinschaft mitwirkenden Städte und Landkreise im Zentrum.

Die Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ ist im Jahr 2007 mit einer „Weinheimer Erklärung“ gestartet. In jedem Jahr ist ein Jahresforum als Treffpunkt und für den Austausch der Mitglieder die zentrale Veranstaltung. Das Jahresforum fasst die aktuellen Erkenntnisse und Entwicklungen stets in einer Erklärung zusammen, die nach dem Tagungsort benannt ist. An diesen Erklärungen können Sie jeweils die veränderten Aufgaben ablesen.

Die Weinheimer Erklärung 2007 trug den Titel: *Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung*. Die Dortmunder Erklärung 2008 hieß schlicht *Berufsorientierung*, die Nürnberger Erklärung im Jahr darauf: *Kommunales Engagement im Übergang Schule – Arbeitswelt*, 2011 beschäftigte sich die Hoyerswerdaer Erklärung mit dem *Lehrstück Übergang*, die Kieler Erklärung 2012 behandelte das Thema „*Fachkräfte und Kommunale Koordinierung: Berufseinstiege lokal gut gestalten*“.

Zuletzt waren wir im Februar in Freiburg zu Gast. In der „Freiburger Erklärung“ fordern wir eine gesetzliche Verankerung und eine geregelte Verortung unseres Themas in der Landespolitik. In Baden-Württemberg sind wir damit erstmals auf offene Ohren gestoßen. Andere Länder sind hier schon weiter.

Übertragen auf das Thema „Bildungsnetzwerke“ gehen wir also davon aus, dass lokale und regionale Bildungsnetzwerke in enger Verbindung zu den kommunalen Aufgaben der Daseinsvorsorge zu sehen sind. Diese Bildungsnetzwerke müssen mit den kommunalen Handlungs- und Entscheidungsprozessen synchronisiert sein und sollten deshalb kommunal koordiniert werden.

Die Arbeitsgemeinschaft *Weinheimer Initiative* sieht die Koordinierung des Geschehens am Übergang Schule – Arbeitswelt nicht als eine vorübergehende Aktivität an, sondern als eine Daueraufgabe. Denn die Beziehung zwischen dem Bildungssystem und einer dynamischen und oftmals turbulenten Arbeitswelt unterliegt ständigen Veränderungen. Dies zieht für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Bedarf nach Orientierung, Erkundung, Beratung und Unterstützung nach sich. Hierbei hat die Unterstützung derjenigen Priorität, die von besonderen Risiken betroffen sind.

Gerade vor dem Hintergrund

- des sich belebenden Arbeitsmarktes,
- des knapper werdenden „Reservoirs“ an Bewerberinnen und Bewerbern im „Dualen System“,
- einer zunehmenden Zahl frei bleibender oder nur schwer zu besetzender Ausbildungsplätze
- und der prognostizierten demografischen Entwicklung

wird sehr deutlich: Übergangsgestaltung darf nicht an oder vor der „1. Schwelle“ stehen bleiben. Folgerichtig geraten die Ausbildungsbetriebe und natürlich die Beruflichen Schulen als Orte und Akteure im Übergang in den Blick. Sie sind als Partner unverzichtbar. Die Netzwerkpartnerschaften im Rahmen der kommunalen Verantwortungsgemeinschaft müssen sich dementsprechend erweitern.

Mit der mir gestellten Frage nach der *kommunalen bzw. regionalen Bildungsplanung* kommt aber eine Erweiterung ins Spiel, die über die unmittelbare Verbesserung von Übergangsverläufen hinaus geht und Bildung als einen wichtigen lokalen Standortfaktor in den Blick rückt.

Damit treten wir aber ein in ein kompliziertes Feld der unterschiedlich verteilten Zuständigkeiten für Bildung– auf einige Aspekte hierzu komme ich gleich noch.

Die Arbeitsgemeinschaft denkt seit geraumer Zeit – *Kiel* war hier öffentlicher Ausdruck – über den Zusammenhang von guter Gestaltung der Übergänge und der Reform der Beruflichen Bildung nach. In unserem gerade erschienenen Handbuch „Lokale Bildungsverantwortung“, das ich Ihnen insgesamt empfehlen möchte, geht unser Koordinator Wilfried Kruse in einem Beitrag, der mit der Frage überschrieben ist: „Lokale Berufsbildungspolitik?“ diesen Aspekten nach.

Tatsächlich aber ist die Neujustierung von Bildungsverantwortung und darin die Anerkennung der wachsenden Bedeutung von Bildung für die Städte und Landkreise überfällig. Dies wurde schon in der Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages von 2007 reklamiert und auf dem Bildungskongress des Städtetags im Herbst letzten Jahres in *München* erneuert. Unsere Arbeitsgemeinschaft teilt diese Auffassung des Städtetages und betont, dass der lange Übergang von der Schule in die Arbeitswelt bildungsbiografisch zu betrachten ist und deshalb in eine ganzheitliche lokale Bildungsgestaltung eingebettet werden muss. Ich hoffe, dass mein Vortrag Ihnen hierzu einige ganz praktische Beispiele liefern konnte.

Von einem gelingenen Übergang von der Schule in das Arbeitsleben kann erst dann die Rede sein, wenn die jungen Erwachsenen so gut in der Arbeitswelt angekommen sind, dass ihre Einstiegsbeschäftigung eine ausbaubare Basis für eigenständige Lebensführung und berufliche Weiterentwicklung abgibt. Zukunftschancen für den Einzelnen und die Zukunftsfähigkeit der lokalen und regionalen Wirtschaft hängen im hohen Maße auch davon ab, welche Qualität die Berufsausbildung hat und ob man nach ihrem Abschluss gut im Arbeitsleben ankommt.

Der in diesem erweiterten, ganzheitlichen Sinne verstandene Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist eine wichtige bildungsbiografische Weichenstellung. Dieses biografische Gewicht und ihr individueller und gesellschaftlicher Charakter als „Weichen-

stellung“ machen die Übergangsgestaltung zu einer dauerhaften eigenständigen Aufgabe von hoher Priorität.

Der Deutsche Städtetag hat in seiner „Münchener Erklärung“ von 2012 mit dem Titel „Bildung gemeinsam verbessern“, die gesellschaftliche Bedeutung der kommunalen Bildungslandschaften und eines dauerhaften kommunalen Bildungsmanagements unterstrichen. (Die Arbeitsgemeinschaft erklärt hierzu:) Im Rahmen einer übergreifenden, an_gelingenden Bildungsbiografien orientierten kommunalen Bildungsverantwortung, wie sie die „Münchener Erklärung“ formuliert, bleibt Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Arbeitswelt ein unverzichtbarer, eigenständiger, aber in die Gesamtgestaltung eingebetteter Baustein.

Kommunale Koordinierung war und ist die Formel, für die die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative steht. Sie drückt aus, dass die Städte und Kreise aufgrund ihrer Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl sich dazu verpflichtet sehen, feder-führend im Rahmen einer lokalen Verantwortungsgemeinschaft aller einschlägigen Akteure tätig zu werden. Kein anderer Akteur vor Ort verfügt über diese unbezweifel-bare breite Legitimation – auch und vor allem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Was meine Stadt, was Weinheim betrifft, so versuchen wir, konsequent diesen Weg zu gehen.

Sie als kundige Menschen auf diesem Feld werden bei meinen Ausführungen aber schon einen Untertext mitgehört haben, nämlich die weiter bestehende Problematik der Schulträgerschaften. Eine stärkere kooperative Bildungsverantwortung durch die Kommunen muss einschließen, dass die Grenzlinie zwischen *äußerer und innerer Schulträgerschaft* einer Revision unterzogen wird, ohne die Verantwortung des Landes für landesweit *gleichwertige Bildungsversorgung* infrage zu stellen.

Eine weitere Schwierigkeit, die vielleicht nicht so offensichtlich ist, stellt sich jenen Städten, die kreisangehörig sind, aber kommunale Bildungs koordinierung dennoch für unverzichtbar halten. Oftmals ist aber der Kreis Schulträger (wie z.B. für die Beruflichen Schulen in Weinheim). Die Entwicklung einer funktionsfähigen Korrespondenz von Bildungs koordinierung sowohl auf der Kreisebene als auch auf der Ebene der einzelnen kreisangehörigen Städte gehört auch zu den der noch ungelösten Zukunftsaufgaben. Arbeitsgemeinschaft hat sich damit intensiv befasst und schon ein grundsätzliches Positionspapier vorgelegt.

Noch einmal also und abschließend: es geht nicht um eine Kommunalisierung von Bildungszuständigkeit, sondern um eine neu zu begründende Bildungspartnerschaft zwischen Kommunen und Land, auch, was die Frage der Bildungs koordinierung be trifft. Auch, wenn dies eine abgedroschene Formel ist: es geht dabei um Augenhöhe. „Gleiche Augenhöhe“ meint in diesem Zusammenhang vor allem die Anerkennung der besonderen Verantwortung der Kommunen bei der Gestaltung des Übergangs Schule-Arbeitswelt, auch jenseits der formalen Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Schulträgerschaft, und die ausgehandelte faire und förderliche Ausgestaltung der landeseitig beeinflussbaren Rahmenbedingungen für „Kommunale Koordinierung“.

Eine neue Veranstaltung der „Weinheimer Initiative“, die Sie, meine Damen und Herren, besonders interessieren dürfte, gibt es im November dieses Jahres: Erstmals ein „JahresforumExtra“ in der Region Hannover: Denn dabei geht es um die Rolle der Beruflichen Schulen im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass wir Ihren Beratungen mit großer Sympathie folgen, allerdings gerne sähen, wenn die kommunale Rolle mitreflektiert würde. Wir unsererseits nehmen die wachsende Bedeutung der Beruflichen Schulen sehr ernst. „Das *JahresforumExtra*“ wird die Beziehung zwischen Beruflichen Schulen und kommunaler Koordinierung explizit zum Thema machen.

Mit diesem letzten Werbeblock und erneutem Dank dafür, dass Sie mich hierher eingeladen haben, darf ich mich revanchieren, und Sie herzlich zu diesem „*JahresformExtra*“ der *Weinheimer Initiative*“ einladen.

Vielen Dank